



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 36. Ratssitzung vom 25. Januar 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/326 und 2022/409

1304. 2022/326

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 06.07.2022: Mottowoche «Geschlechtertausch» an einer Primarschule, Haltung zur Mottowoche und zum Vorwurf der Indoktrinierung der Kinder sowie Information der Schulpflege

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1713 vom 21. Dezember 2022).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/326 und 2022/409.

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung zur Interpellation GR Nr. 2022/326 und begründet das Postulat GR Nr. 2022/409 (vergleiche Beschluss-Nr. 537/2022): *Wir befinden uns in einem Kulturkampf um Sprache und Identität. Dies geht aus einer wissenschaftlichen Studie von Michael Hermann hervor, der ein angesehener und vermutlich eher linksorientierter Politikwissenschaftler ist. Sein Institut gab im Dezember 2021 die wissenschaftliche Studie «Geschlecht und Identität» heraus. In der Studie steht: «Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französischen und der italienischen Schweiz». Zudem steht, dass sich ungefähr 99,6 Prozent der Befragten in der Schweiz entweder als Frau oder als Mann bezeichnen. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nichtbinär. Wir können also mit dem Genderwahn aufhören. Der Kulturkampf, den Sie betreiben, spricht also nur 0,4 Prozent der Bevölkerung an. Michael Hermann hat auch einen Blick auf die USA geworfen und gesehen, dass dort der Kulturkampf eskaliert ist, wobei die Republikaner diesen Kulturkampf gewinnen werden. Die Linken können nicht punkten, weil diese Thematik nicht in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert ist. Immer wenn man etwas tut, das nicht in der Realität verankert ist, wird man scheitern. Darum hat Michael Hermann diese Studie herausgegeben. Ich deute die Studie als eine Warnung für die Linke. Doch die Linke, wie auch die Stadt Zürich, hört diese Warnung nicht. Der Kulturkampf wird trotzdem geführt. Dies mobilisiert die SVP. Denn 99,6 Prozent sind auf der Seite der SVP, auf der es das Geschlecht Mann und Frau gibt. Alle Menschen sollen glücklich sein – ob transsexuell oder nichtbinär. Ich wünsche auch diesen Menschen, wie allen Menschen, alles Glück der Welt. Leider ist deren Status nicht in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert. Und wenn etwas getan wird, das keinen Bezug zur Realität hat, dann lassen Sie bitte die Kinder in Ruhe. Sie können sich in Ihrer Blase oder in Ihrem kleinen, abgeschlossenen und elitären Kreis so verhalten. Aber lassen Sie den normalen Bürger in Ruhe. Machen Sie keine Mottowoche, in der Buben als Mädchen verkleidet zur Schule kommen müssen. Denn ein siebenjähriger Bub kann sich nicht gegen einen Erwachsenen wehren, der ihm etwas aufzwingt. Die Kinder dürfen nicht zu Trägern der politischen Agenda der Erwachsenen und schon gar nicht für diese verantwortlich gemacht werden. Sie können*



gerne so weitermachen. Dies bewirkt einen Wählerzulauf zur SVP. Vielen Dank hierfür. Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Am Ende des Jahres wertete der Tages-Anzeiger die Erfolge seiner Berichterstattung aus. In den meisten Fällen sorgte ein Aufreger für Erfolg. Dies gilt auch für das Thema Mottowoche, das zur Einreichung dieses Postulats führte. Es stimmt, dass es eine Mottowoche gab, aber nicht zum Geschlechtertausch, sondern zu unterschiedlichen Rollen. Die Gestaltung des Unterrichts liegt allerdings nicht in der Kompetenz des Stadtrats und auch nicht in der Kompetenz des Schulamts, es gilt diesbezüglich die Methodenfreiheit der Schulen. Gemäss Lehrplan 21 können Schulen solche Mottowochen durchführen. Im konkreten Fall ging es um ein Rollenspiel. An einem Tag konnte man sich als Mädchen oder als Bub verkleiden. Dies kann man gut oder schlecht finden. Wahrscheinlich war es nicht so dramatisch, wie es hier dargestellt wird. Der Tages-Anzeiger berichtete von einem Geschlechtertausch, der über eine ganze Woche stattgefunden habe. Das ist eine Übertreibung und stimmt natürlich nicht. Zudem wurden die Eltern informiert und die Kinder wussten, um was es ging. Nach meinem Kenntnisstand gab es weder seitens der Eltern noch in den Schulen Reklamationen. Dennoch ist der Erfolg des Tages-Anzeigers offensichtlich, da Vorstösse zum Thema eingereicht wurden. In diesem Sinne muss ich Ihnen sagen, dass wir solche Mottowochen nicht verbieten können. Zudem empfehle ich Ihnen, diesen Sachverhalt zu entdramatisieren. Wir lehnen dieses Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Wieder einmal beschäftigt sich die SVP mit den richtig wichtigen Problemen unserer Gesellschaft. In diesem Fall mit einer schulischen Veranstaltung, die von den Kindern gewünscht und vom Lehrpersonal entsprechend umgesetzt wurde. Ich könnte jetzt sagen, dass der Vorstoss aus rein technischen Gründen abgelehnt werden sollte. Denn es gehört nicht zu den Aufgaben des Gemeinderats, sich zu Schulveranstaltungen zu äussern. Zudem wird diese Veranstaltung vom Lehrplan gefordert. Doch dies würde dem inhaltlich absurden und grausamen Postulat nicht gerecht werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute Abend ein weiteres SVP-Postulat auf der Tagesordnung haben. In diesem wird die Sicherstellung einer politisch neutralen Volksschule gefordert. Das hier vorliegende Postulat zeigt, wie wichtig der SVP die angebliche Neutralität ist. Neutralität endet dort, wo die politischen Interessen der SVP beginnen. Diese Interessen sind queerfeindlich, antifeministisch, menschenverachtend und zeugen von einem veralteten Bildungsverständnis. Ein gutes Bildungssystem lässt Kinder sich selbst entdecken. Genau dies wird mit den im Postulat aufgeführten Veranstaltungen umgesetzt. Dass die SVP den Lehrpersonen und der Präsidentin der Kreisschulbehörde, Gabriela Rothenfluh, einen Kulturkampf vorwirft, ist geradezu lächerlich. Es ist die SVP, die nicht über die ansteigende Gewalt gegenüber queeren Menschen sprechen möchte. Die SVP spricht nicht nur nicht darüber, sondern trägt mit diesem Vorstoss auch aktiv dazu bei. Man fragt sich nun, warum die SVP überhaupt solche Vorstösse lanciert? Hierzu lohnt es sich, auf den Kulturkampf zurückzukommen, den Samuel Balsiger (SVP) bereits erwähnt hat. Es ist die SVP, die diesen Kulturkampf anstachelt und führt. Wie



sonst könnte die SVP ihre eigentliche Politik verkaufen? Nur Werbung für das Grosskapital der Banken und der Pharma- und Ölindustrie bringt leider nicht allzu viele Stimmen. Die FDP kann dies ebenfalls bestätigen. Im Gegensatz zur FDP braucht die SVP nicht nur einen völlig verzerrten Freiheitsbegriff, sondern auch Postulate wie dieses, um die eigentliche Politik zu verschleiern. Wandel im Allgemeinen, aber auch gesellschaftlicher Wandel im Besonderen, ist für viele Menschen auf den ersten Blick etwas Ungewohntes und Gefährliches, auch wenn dies meist irrational ist. Bis zu einem gewissen Punkt kann ich dies nachvollziehen. Die Abkehr von etwas Altem führt oft zu einer gewissen Nervosität. Aber genau dieses Gefühl macht sich die SVP zunutze, indem sie die kleinsten gesellschaftlichen Fortschritte als existenzielle Gefahr für unsere Gesellschaft präsentiert. Ich möchte daran erinnern, dass es bei dieser Veranstaltung um nichts anderes ging als darum, sich anders anzuziehen. Dass aufgrund solcher Vorstösse genau solche Menschen leiden und Gewalt erfahren, ist der SVP nicht nur egal, sondern dient sogar ihrem Ziel. Dies sieht man exemplarisch an diesem Postulat. Wieder hetzt die SVP gegen Selbstfindung, Selbstbestimmung und eine entsprechende Bildung. Die SVP tut dies einmal mehr, um den Klassenkampf gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter fortzusetzen und das Patriarchat zu erhalten. Und das alles unter dem Vorwand, Kinder zu schützen. Der SVP ist es egal, dass dadurch keinem einzigen Kind geholfen wird. Das Postulat ist offensichtlich abzulehnen.

Serap Kahrman (GLP): *Ich bin keine Pädagogin und überlasse die Ausgestaltung solcher Veranstaltungen den entsprechenden Personen. Und wie wir bereits gehört haben, liegt die Kompetenz weder beim Stadt- noch beim Gemeinderat. Die SVP spricht im Postulat von Indoktrination und geht damit offensichtlich davon aus, dass Kinder, die als das andere Geschlecht verkleidet kommen, am nächsten Tag an ihrer Identität zweifeln. Ausgehend von dieser Behauptung könnte man darauf schliessen, dass Kinder, die sich als Katzen oder Dinosaurier verkleiden – z. B. während der Fasnacht –, an ihrer Identität als Mensch zweifeln könnten. Von einem solchen Fall habe ich noch nie etwas gehört. Aus diesem Grund sieht die GLP keinen Grund, das Verkleiden in das andere Geschlecht zu verbieten. Wir unterstützen vielmehr die Vielfalt in unserer Gesellschaft und die Auseinandersetzung der Kinder mit dem Thema der Geschlechtsidentität. Darum lehnen wir das Postulat ab.*

Sanija Ameti (GLP): *Die SVP hat heute ein Geheimnis gelüftet: «Verkleiden Sie Ihre Kinder mit Edelweiss-Hemden, dann verwandelt sich Ihre DNA im Handumdrehen in jene eines echten Eidgenossen».*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Es ist verständlich, wenn man die Stirn angesichts gewisser Entwicklungen in der Volksschule runzelt. Dies geht mir auch so. Denn die Kantonsverfassung und das Bildungsgesetz schreiben eine politische und weltanschauliche Neutralität der Volksschulen vor. Dies wird heute hie und da nicht eingehalten. Ob das Thema «Geschlechtertausch» angebracht ist oder nicht, kann diskutiert werden. Sicherlich spielt die Umsetzung des Themas eine wichtige Rolle. Wenn Buben sich einfach als Mädchen verkleiden und umgekehrt, dann sehe ich das nicht als problematisch an. Genau um dies geht es hier. Für die FDP ist klar, dass der Inhalt sehr ausschlaggebend ist. Und egal, was der Inhalt ist, man kann nicht aufgrund eines Beispiels die Mottowoche verbieten.*



Darum lehnen wir das Postulat ab.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich sehe mich gezwungen, das Wort zu ergreifen, weil Samuel Balsiger (SVP) diese 0,4 Prozent aus der Sotomo-Studie ständig fetischisiert. Als Fachperson dieses Bereichs möchte ich die Fakten nochmals aufzeigen. Laut einer Studie von Zahn et al. aus dem Jahr 2020, die im «International Journal of Transgender Health» veröffentlicht wurde, beträgt der Anteil der geschlechtsvarianten Bevölkerung bis zu 8,4 Prozent der Jugendlichen und 4,5 Prozent der Erwachsenen. Wenn man sich auf das Label «Trans» konzentriert, kommt ein «Review», das neunzehn weltweite Studien untersucht hat, auf 2,7 Prozent der Jugendlichen und 0,5 Prozent der Erwachsenen. Anscheinend hören dies nicht alle im Ratssaal, obwohl ich dies schon einmal erwähnt habe. Darunter sind binäre und nichtbinäre Personen zu zählen. Wenn nun die SVP von der Sotomo-Studie spricht und diese 0,4 Prozent an nichtbinären Menschen zitiert, dann bedeutet dies, dass die nichtbinäre Bevölkerung in der Schweiz eigentlich überproportional vertreten ist. Darum ist das ein Thema, das uns mehr beschäftigen sollte. Der Vorwurf bezüglich der Indoktrinierung der Kinder stimmt nicht. Ich will noch eine andere Geschichte des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) erläutern. In Litauen haben Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein Buch mit LGBT-Geschichten verboten, weil man behauptete, dass durch das Buch eine Gefährdung der Kinder stattfinden könnte. Letzte Woche hat der EGMR gegen dieses Verbot entschieden. Der EGMR sagt, dass die Kinder dadurch nicht indoktriniert oder verführt würden. Vielmehr würden Aktivitäten, wie das Lesen dieses Buches oder das Verkleiden als das andere Geschlecht, zu mehr Respekt in der Gesellschaft führen. Zudem stellt der EGMR fest, dass weder Homosexualität noch Transsexualität schädlich seien. Daher sei es nicht legitim, dass der Staat heterosexuelle oder cis-normative Lebensformen bevorzugen würde. Kurzum: Das Verlangen der SVP verletzt basale und grundsätzliche Rechte unserer Gesellschaft. Alle, die diesem Vorstoss zustimmen, rufen den Stadtrat auf, Gesetze zu brechen. Anstiftungen zu Verbrechen werden nicht nur politisch quittiert, sondern können zu Gerichtsverfahren führen. Lassen Sie uns diese Motion geschlossen ablehnen.*

Martin Götzl (SVP): *Das Ziel der Veranstaltung «Geschlechtertausch» ist mir persönlich nicht bekannt und auch schleierhaft. Wissen Sie vielleicht das Ziel dieses Thementags? Den Antworten des Stadtrats zufolge bestand das Ziel nicht darin, junge Menschen mit linkem Gedankengut zu indoktrinieren. Für mich bedeutet dies, dass dem Stadtrat bewusst ist, dass es sich diesbezüglich um einen berechtigten Verdacht handelt. Allein dies zeigt, dass die Linken ertappt wurden. Hören Sie auf, Volksschulen mit irgendwelchen Ideologien für irgendwelche Experimente zu missbrauchen. Jeder und jede darf sich privat kleiden, wie er oder sie es will. Denn es handelt sich um eine persönliche Entscheidung und ist von unserer Bundesverfassung garantiert. Mir ist nicht klar, weshalb die Schule hierbei eine aktive Rolle übernehmen muss. Auch in den kantonalen Lernzielen findet man nichts über den Geschlechterrollentausch. Dies gilt auch für den Lehrplan 21. Die Volksschule der Stadt Zürich steht vor wesentlichen Herausforderungen. Diese zeigen sich in der Verschlechterung der PISA-Resultate, in einem Übermass an Multikulturalität, im Laissez-faire in den Klassenzimmern usw. Diese Herausforderungen soll die Schule fokussieren. Die Schule kann das. Der Thementag «Geschlechtertausch» ist ein*



Nebenschauplatz, für den keine schulischen Ressourcen aufgewendet und verschwendet werden sollen. Ich hoffe, die Schulen können aus diesem Vorfall lernen. Allerdings zweifle ich am notwendigen Lerneffekt. Denn der Vorfall lässt ein Führungsmanko durchblicken. In den Antworten auf die Interpellation wird ausgeführt, dass die Schülerinnen und Schüler das Thema selbst wählten. Das bedeutet, dass die Schüler schuld sind. Ich zitiere: «Die einzelnen Themen wurden zudem von den Schülerinnen und Schülern selber gewählt». Die Kreisschulpräsidenten, Schulleiterinnen und Schulleiter sind demnach nicht bereit, die Verantwortung zu tragen. Wenn man junge Menschen die Themen selbst wählen lässt, muss man auch einige Leit- und Führungslinien ziehen. Ansonsten könnte man junge Leute fragen, ob sie sich drei Wochen Ferienlager wünschen. Dazu würden alle «Ja» sagen, obwohl dies schlicht nicht umsetzbar wäre. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und ermöglichen Sie den jungen Menschen eine Bildung, die ihren Namen verdient. Unterstützen Sie unser Postulat.

David Ondraschek (Die Mitte): *Meine Tochter ist bald 4 Jahre alt. Sie weiss mittlerweile, dass sie ein Mädchen ist und sich zu einer Frau entwickeln wird. Sie zeigt Interesse am anderen Geschlecht und so würde ich eine Mottowoche «Döckerle» nicht gerne an der Schule sehen. Allerdings kann die vorliegende Mottowoche in einen sinnvollen entwicklungspsychologischen Kontext eingebettet werden. Der Wunsch, sich einen Tag lang als anderes Geschlecht zu verkleiden, soll nicht sexualisiert werden. Es ist ein spielerischer Zugang zur Andersartigkeit. An einem solchen Mottotag zeigen sich die von den Kindern verinnerlichteten Rollenbilder in einem spielerischen Rahmen. Wechselseitig dürfen dabei Stereotype aufgezeigt werden. Dies dient beiden Geschlechtern in gewisser Weise als Spiegel ihrer selbst. Es empfiehlt sich, dieses Treiben nicht mit unserem Erwachsenenverständnis der Sexualität zu betrachten. Vielmehr muss man sich vor Augen führen, dass sich die Kinder noch in der Sozialisationsphase befinden. Entsprechend sind wir gegen das Verbot einer solchen Mottowoche. Selbstverständlich darf eine solche Mottowoche die Kinder in ihrem Geschlechterverständnis nicht irritieren.*

Samuel Balsiger (SVP): *Ein faschistischer Angriff soll dieser Text darstellen? Wenn dem so ist, dann verstehen Sie nicht, was Faschismus ist. Was der Aufruf zu einer Straftat bedeutet, wissen Sie offenbar auch nicht. Es ist unglaublich, was gesagt wurde. Das hat nichts mehr mit der Realität und mit dem, was einen Rechtsstaat ausmacht, zu tun. In der Schweiz wird nie jemand vor Gericht stehen, weil er einen derartigen Text schreibt. Dies zeigt, in was für einer Blase Sie leben. Genau diese Blase hat nichts mit der Realität zu tun. Der Genderwahn ist eine reine Selbstbeschäftigung. Uns vorzuwerfen, dass wir unwichtige Themen behandeln, impliziert, dass der ganze Genderirrsinn unwichtig ist. Wir wollen nicht, dass Sie dies weiter vorantreiben. Wenn Sie aufhören mit der Genderthematik, dann hört auch die SVP auf, über Genderthematiken zu sprechen. In der normalen Welt wird dann niemand mehr über Genderfragen sprechen. Diese Thematik ist einzig und allein durch die Medien getrieben, weil diese rot-grün sind. Einen Kulturkampf in die Schule zu tragen, ist nicht neutral. Die Kinder sollen sich in den Schulen normal entwickeln und sich aufs Leben vorbereiten können. Und wenn sie später schwul, lesbisch oder nichtbinär sind, dann ist das ihre Angelegenheit. Lassen Sie Kinder Kinder sein.*



6 / 6

Dominik Waser (Grüne): Die Aussagen der SVP sollten «gecancelt» werden. Mehr haben wir dazu nicht zu sagen.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1305. 2022/409

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 31.08.2022:
Verhinderung von Mottowochen mit dem Thema «Geschlechtertausch» an den
Volksschulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/326, Beschluss-Nr. 1304/2023

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 537/2022).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 10 gegen 106 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat